

ÖFFENTLICHES RECHT UND EUROPARECHT AKTUELL.



AUSGABE 09 | 01.03.2024

Institut für Europarecht | Institut für Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre

Redaktionelle Leitung: Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler | Univ.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer | Univ.-Prof. Dr. Markus Vašek

I. BUNDESGESETZBLATT

[BGBl I 5/2024](#) (enthält verfassungsgesetzliche Bestimmungen)

Bundesgesetz, mit dem das **Bundes-Verfassungsgesetz** geändert und ein **Informationsfreiheitsgesetz** erlassen wird (Einrichtung und Betrieb eines Informationsregisters; rascher Informationszugang)

[BGBl I 8/2024](#) (enthält verfassungsgesetzliche Bestimmungen)

Bundesgesetz über die erneuerbare Wärmebereitstellung in neuen Baulichkeiten (**Erneuerbare-Wärme-Gesetz – EWG**) (Verbot der Wärmebereitstellung auf Basis fossiler Brennstoffe in neuen Baulichkeiten; die Errichtung von Anlagen zur Wärmebereitstellung, die für den Betrieb mit fossilen Brennstoffen geeignet sind, ist in neuen Baulichkeiten unzulässig)

[BGBl I 6/2024](#)

Bundesgesetz, mit dem das **KommAustria-Gesetz** und das **Telekommunikationsgesetz** 2021 geändert werden (Koordinierung von Maßnahmen zur Einführung und Nutzung von Künstlicher Intelligenz; Beratung in Bezug auf KI-Systeme; Vorsorge für die Kommunikation mit den Akteuren)

[BGBl I 7/2024](#)

Bundesgesetz über die höhere berufliche Bildung (**HBB-Gesetz**) (Bereitstellung eines formalen qualitätsorientierten Rahmen, um die Höherqualifikation am Arbeitsmarkt praxisorientiert zu unterstützen)

[BGBl II 55/2024](#)

Verordnung des Bundesministers für Inneres, mit der die **Niederlassungs- und Aufenthaltsgesetz-Durchführungsverordnung** geändert wird

[BGBl II 57/2024](#)

Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die **Trinkwasserverordnung** geändert wird

[BGBl II 58/2024](#)

Verordnung des Bundesministers für Inneres, mit der die Verordnung des Bundesministers für Inneres über die vorübergehende Wiedereinführung von **Grenzkontrollen** an den Binnengrenzen zur **Tschechischen Republik** geändert wird

[BGBl II 59/2024](#)

Verordnung des Bundesministers für Arbeit und Wirtschaft, mit der die **Ausländerbeschäftigungsverordnung** geändert wird

[BGBl II 61/2024](#)

Kundmachung der Bundesministerin für Frauen, Familie, Integration und Medien über die **Rechtspersönlichkeit** von Gemeinden der **Evangelischen Kirche** in Österreich

[BGBl II 62/2024](#)

Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die Geflügelpest-Verordnung 2007 geändert wird (1. Novelle 2024 der **Geflügelpest-Verordnung** 2007)

[BGBl II 63/2024](#)

Verordnung der Bundesministerin für Frauen, Familie, Integration und Medien über die Höchstbeträge pro Schüler/in und Schulform für die unentgeltliche Abgabe von Schulbüchern im Schuljahr 2024/25 (**Limit-Verordnung** 2024/25)

[BGBl II 64/2024](#)

Verordnung des Bundesministers für Finanzen, mit der die **Lohnkontenverordnung** 2006 geändert wird

[BGBl II 65/2024](#)

Verordnung des Bundesministers für Finanzen, mit der die Verordnung betreffend die **elektronische Übermittlung von Daten der Lohnzettel** gemäß § 84 Abs 1 EStG 1988, der Meldungen gemäß §§ 3 Abs 2 und 109a EStG 1988 sowie 109b EStG 1988 geändert wird

[BGBl II 66/2024](#)

Verordnung des Bundesministers für Land- und Forstwirtschaft, Regionen und Wasserwirtschaft betreffend Nutzung der IT-Verfahren des Bundes zu Informationen über den Personalaufwand und das Controlling im Bereich der land- und forstwirtschaftlichen Landeslehrpersonen 2024 (**Lf-Landeslehrpersonen-Controlling-ITBundVO** 2024 – LfLLC-ITBundVO 2024)

[BGBl II 67/2024](#)

Verordnung des Bundesministers für Bildung, Wissenschaft und Forschung über die Berücksichtigung von **Berufspraxiszeiten** für **Vertragsbedienstete** im Pädagogischen Dienst

II. AMTSBLATT DER EU

[ABl L 2024/741 v 23.02.2024](#)

Verordnung (EU) 2024/741 des Rates vom 20. Februar 2024 zur Änderung der Verordnung (EU) Nr 216/2013 über die **elektronische Veröffentlichung des Amtsblatts** der Europäischen Union

[ABl L 2024/792 v 29.02.2024](#)

Verordnung (EU) 2024/792 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 29. Februar 2024 zur **Einrichtung der Fazilität** für die **Ukraine**

[ABl L 2024/795 v 29.02.2024](#)

Verordnung (EU) 2024/795 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 29. Februar 2024 zur **Einrichtung** der Plattform **Strategische Technologien** für Europa (STEP) und zur Änderung der Richtlinie 2003/87/EG und der Verordnungen (EU) 2021/1058, (EU) 2021/1056, (EU) 2021/1057, (EU) Nr 1303/2013, (EU) Nr 223/2014, (EU) 2021/1060, (EU) 2021/523, (EU) 2021/695, (EU) 2021/697 und (EU) 2021/241

III. VFGH, VWGH, VERWALTUNGSGERICHTE

A. VERFASSUNGSGERICHTSHOF

Keine relevanten Entscheidungen im Berichtszeitraum.

B. VERWALTUNGSGERICHTSHOF

05.12.2023, [Ra 2022/12/0029](#)

B-VG; die rw **Richterin** ist als Mitglied eines VwG Richterin iSd Art 87 B-VG und daher in Ausübung ihres richterlichen Amtes unabhängig; die ihr vom Präsidenten des VwG Wien erteilte **Weisung** hatte die Ausübung ihres richterlichen Amtes betroffen, da ihr vorgegeben werden sollte, in welcher Weise die ihr zugeordneten Rechtspfleger judizieren sollten; da Richtern, soweit sie in Ausübung ihres richterlichen Amtes tätig sind, überhaupt keine Weisungen erteilt werden dürfen, war der Präsident des VwG Wien zur Erteilung dieser Weisung von vornherein nicht zuständig; die Richterin hatte die Weisung daher nicht zu befolgen und sie hatte auch ein Recht auf eine dahingehende Feststellung

14.12.2023, [Ra 2021/17/0105](#)

GlücksspielG; VwGVG; im Revisionsfall hat das VwG allein aus der Beseitigung der Betriebsbereitschaft der in Rede stehenden Geräte bei der glücksspielrechtlichen Kontrolle, der sich daran anschließenden Unmöglichkeit Probespiele durchzuführen und dem Umstand, dass nicht „zumindest die Namen der angebotenen Spiele auf diesen Geräten ermittelt“ worden seien, geschlossen, das Beweisergebnis sei nicht ausreichend, um den Verdacht eines Verstoßes gegen das Glücksspielmonopol des Bundes zu begründen, sodass die Beschlagnahme aufzuheben war; da es das VwG aufgrund seiner diesbezüglich zugrunde gelegten unrichtigen Rechtsansicht unterlassen hat, entsprechende **weitere Beweiserhebungen** zur Beurteilung einer Verdachtslage hinsichtlich der Glücksspielgeräteeigenschaft der beschlagnahmten Geräte zu tätigen und entsprechende Feststellungen zu treffen, liegt insoweit ein **sekundärer Verfahrensmangel** vor

26.01.2024, [Ra 2023/06/0192](#)

Tir BauO; das VwG sah – offenbar aus dem Blickwinkel der Stichtagsregelung – § 6 Abs 9 Tir BauO für anwendbar, weil „der **Abbruch** des gegenständlichen Stadels in einem Zug mit der Wiederrichtung im Frühjahr 2016 erfolgte“; dem ist zu entgegnen, dass der Rsp des VwGH zufolge die Entscheidung über ein Bauansuchen keine Angelegenheit darstellt, die stichtagsbezogen oder zeitraumbezogen zu beurteilen wäre; gleiches gilt für **anzeigepflichtige Bauvorhaben**; im vorliegenden Fall ist demnach die Jahresfrist des § 6 Abs 11 leg cit anzuwenden; diese **Jahresfrist** ist den Feststellungen des VwG zufolge (Abbruch im Frühjahr 2016, Einbringen der Bauanzeige im März 2020) jedenfalls nicht eingehalten, weshalb der Rw bereits aus diesem Grund die Ausführung des angezeigten Bauvorhabens gemäß § 30 Abs 3 leg cit untersagen musste

29.01.2024, [Ra 2021/17/0103](#)

GlücksspielG; VwGVG; indem das VwG die **Amtspartei** nicht in ihr Verfahren einbezogen, insb keine Mitteilung der Beschwerde vorgenommen, sie nicht zur öffentlichen mündlichen Verhandlung geladen und ihr nicht Gelegenheit zur Wahrung ihrer prozessualen **Parteienrechte** eingeräumt hat und nicht ausgeschlossen werden kann, dass es bei Vermeidung dieser Verfahrensfehler zu einem anderen Ergebnis gekommen wäre, hat es das angefochtene Erkenntnis mit Rechtswidrigkeit infolge Verletzung von Verfahrensvorschriften belastet

29.01.2024, [Ra 2021/21/0141](#)

FremdenpolizeiG; AsylG; VwGVG; nach den Angaben des Rw war es dem BFA möglich, „bei genauerer Durchsicht“ und offenbar nach Prüfung der weiteren den Rw betreffenden Datensätze die erfolgte **Titelerteilung** an den Rw in der Datenbank zu finden; zu dieser näheren Prüfung wäre das BFA aber auch schon vor Erteilung der **Sicherstellungsanordnung** verpflichtet gewesen, zumal es im Zentralen Fremdenregister des BMI einen ausdrücklichen Hinweis darauf gibt, dass zur Person des Rw weitere Datensätze vorhanden sind; für dieses Ergebnis spricht auch, dass es den anlässlich der Sicherstellung am 30. September 2021 einschreitenden Sicherheitsorganen auch möglich war, weitere zum Rw bestehende Datensätze zu erkennen, zumal in der dem BFA übermittelten Sicherstellungsbestätigung ein ausdrücklicher Hinweis auf „weitere Identitäten“ des Rw enthalten war

30.01.2024, [Ra 2021/22/0122](#)

VwGVG; die Rw begründete ihren in der Beschwerde gestellten Antrag auf Durchführung einer Verhandlung vor dem VwG damit, sie werde darlegen, dass sie schnell und zielstrebig studiere, und begründen, warum sie im Studienjahr 2018/2019, von dem ihr – aufgrund ihrer Zulassung erst mit Sommersemester 2019 – nur ein Semester für das Bachelorstudium verblieben sei, die für das ganze Studienjahr erforderliche Anzahl an ECTS-Punkten lediglich um einen Punkt versäumt habe; im Hinblick auf dieses Vorbringen hätte das VwG – im Rahmen einer **mündlichen Verhandlung** – prüfen müssen, ob die Verpflichtung zum Nachweis eines ausreichenden Studienerfolgs im Studienjahr 2018/2019 für die Revisionswerberin **unverhältnismäßig** sei, zumal sie die Vorgabe von 16 ECTS-Punkten mit den nachgewiesenen 15 ECTS-Punkten nur knapp unterschritt

31.01.2024, [Ko 2023/03/0004](#)

UVP-G; VwGVG; liegt keine Fallkonstellation vor, in der über die Frage der Zuständigkeit ausnahmsweise bescheidmäßig – durch Zurückweisung des verfahrenseinleitenden Antrags – abzusprechen wäre, ist eine **Säumnisbeschwerde** daher vom VwG im Falle der **Unzuständigkeit** der belangten Behörde mangels deren Säumnis zurückzuweisen; wäre daher die UVP-Behörde für die Entscheidung über den offenen Antrag nicht (mehr) zuständig, so wäre die Säumnisbeschwerde zwar mangels Säumnis der Steiermärkischen Landesregierung vom BVwG zurückzuweisen gewesen; von einer solchen Zurückweisung ist aber die vorliegende Zurückweisung aus dem Grund der Unzuständigkeit des BVwG zu unterscheiden

C. VERWALTUNGSGERICHTE

BVwG 22.01.2024, [W109 2276294-1](#)

UVP-G; das Vorhaben, die Errichtung eines **Beherbergungsbetriebs** mit einer Flächeninanspruchnahme von unter 3 ha und einer Bettenanzahl von über 500 Betten liegt innerhalb eines geschlossenen Siedlungsgebiets und ist somit **nicht** iSd Anhang 1 Z 20 lit a UVP-G **UVP-pflichtig** im vereinfachten Verfahren

LVwG Oö 28.12.2023, [LVwG-153985](#)

Oö GemeindeO; zur Erhebung eines **Rechtsmittels** im **aufsichtsbehördlichen Verfahren** ist ausschließlich die **Gemeinde** befugt; nicht aber Dritte oder Organe der Gemeinde und somit auch nicht der Bürgermeister der von der aufsichtsbehördlichen Entscheidung betroffenen Gemeinde; ebenso kommt nicht dem Bürgermeister, sondern nur der Gemeinde Parteistellung im aufsichtsbehördlichen Verfahren zu

IV. GERICHTSHOF DER EUROPÄISCHEN UNION

A. GERICHTSHOF

27.02.2024, [Rs C-382/21 P, EUIPO/ The KaiKai Company Jaeger Wichmann](#)

Rechtsmittel – Geistiges Eigentum – **Gemeinschaftsgeschmacksmuster** – Vertrag über die internationale Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Patentwesens (PCT) – Übereinkommen über **handelsbezogene Aspekte** der Rechte des geistigen Eigentums – Pariser Verbandsübereinkunft zum Schutz des gewerblichen Eigentums – Art 4 – Verordnung (EG) Nr 6/2002 – Art 41

– Anmeldung eines Geschmacksmusters – **Prioritätsrecht** – Inanspruchnahme der Priorität aufgrund einer gemäß dem PCT eingereichten internationalen Anmeldung – Frist – Auslegung im Einklang mit Art 4 der Übereinkunft – **Grenzen**

[29.02.2024, Rs C-222/22, Bundesamt für Fremdenwesen und Asyl \(Conversion religieuse ultérieure\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts – Asylpolitik – Richtlinie 2011/95/EU – Voraussetzungen für einen Anspruch auf **internationalen Schutz** – Inhalt des zu gewährenden Schutzes – Art 5 – Aus Nachfluchtgründen entstehender Bedarf an internationalem Schutz – Folgeantrag auf **Zuerkennung der Flüchtlingseigenschaft** – Art 5 Abs 3 – Begriff der Umstände, die der Antragsteller nach **Verlassen des Herkunftslands** selbst geschaffen hat – Missbrauchsabsicht und Absicht, das anwendbare Verfahren zu instrumentalisieren – Aktivitäten im Aufnahmemitgliedstaat, die nicht Ausdruck und Fortsetzung einer bereits im Herkunftsland bestehenden Überzeugung oder Ausrichtung sind – **Religionswechsel**

[29.02.2024, Rs C-584/22, Kiwi Tours](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Pauschalreisen** und **verbundene Dienstleistungen** – Richtlinie (EU) 2015/2302 – Art 12 Abs 2 – Recht eines Reisenden, von einem Pauschalreisevertrag ohne Zahlung einer **Rücktrittsgebühr** zurückzutreten – Unvermeidbare, außergewöhnliche Umstände – Ausbreitung von **Covid-19** – Erhebliche Beeinträchtigung der Durchführung der Pauschalreise oder der Beförderung von Personen an den Bestimmungsort – **Vorhersehbarkeit dieser Beeinträchtigung** zum Zeitpunkt der Rücktrittserklärung – Nach dem Rücktritt von der Pauschalreise, aber vor deren Beginn eintretende Ereignisse

[29.02.2024, Rs C-13/23, cdVet Naturprodukte](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Ernährungssicherheit** – Futtermittelzusatzstoffe – Verordnung (EG) Nr 1831/2003 – Zulassungsverfahren – **Verbot des Inverkehrbringens** bei fehlender Zulassung – Status bereits bestehender Produkte – Gültigkeit im Hinblick auf die Charta der Grundrechte der Europäischen Union – **Unternehmerische Freiheit** – Eigentumsrecht – Grundsatz der Verhältnismäßigkeit – Durchführungsverordnung (EU) 2021/758 – Marktrücknahme des Grapefruitextrakts – Futtermittel, das ein Extrakt aus Grapefruitkernen und -schalen enthält

[29.02.2024, Rs C-606/21, Doctipharma](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Humanarzneimittel** – Richtlinie 2001/83/EG – Art 85c – Anwendungsbereich – Verkauf von Arzneimitteln an die Öffentlichkeit im **Fernabsatz** – Nicht verschreibungspflichtige Humanarzneimittel – Personen, die zum Verkauf von Arzneimitteln an die Öffentlichkeit im Fernabsatz ermächtigt oder befugt sind – Befugnis der Mitgliedstaaten, aus Gründen des Schutzes der öffentlichen Gesundheit gerechtfertigte Bedingungen für den auf ihrem Hoheitsgebiet durchgeführten **Einzelhandelsvertrieb von Arzneimitteln**, die **online** verkauft werden, aufzustellen – Dienste der Informationsgesellschaft – Richtlinie 98/34/EG – Richtlinie (EU) 2015/1535 – Dienst, der in der Zusammenführung von Apothekern und Kunden für den **Online-Verkauf** von Arzneimitteln besteht

[29.02.2024, Rs C-299/22, Tez Tour](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Pauschalreisen** und **verbundene Dienstleistungen** – Richtlinie (EU) 2015/2302 – Art 12 Abs 2 – Recht eines Reisenden, von einem Pauschalreisevertrag ohne Zahlung einer Rücktrittsgebühr zurückzutreten – Unvermeidbare, außergewöhnliche Umstände – Ausbreitung von **Covid-19** – Fehlen einer amtlichen Empfehlung, von Reisen abzuweichen – Berücksichtigung **persönlicher Umstände**, die sich auf die individuelle Situation des betreffenden Reisenden beziehen – Erhebliche Beeinträchtigung der Durchführung der Pauschalreise oder der Beförderung von Personen an den **Bestimmungsort** – Zum Zeitpunkt des Abschlusses des betreffenden Pauschalreisevertrags bestehende oder vorhersehbare Umstände – Möglichkeit, die Beeinträchtigung zu berücksichtigen, die sich am **Abreise- oder Rückreiseort** und an anderen Orten ergibt

[29.02.2024, Rs C-314/22, Consortium Remi Group](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Gemeinsames Mehrwertsteuersystem – Richtlinie 2006/112/EG – Abweichung gemäß Art 90 Abs 2 – **Steuerbemessungsgrundlage** – Verminderung der Steuerbemessungsgrundlage – Vollständige oder teilweise Nichtzahlung des Preises – Ausschlussfrist für die Beantragung der nachträglichen Verminderung der **Mehrwertsteuerbemessungsgrundlage** – Beginn der Ausschlussfrist – **Zinsanspruch des Steuerpflichtigen**

[29.02.2024, Rs C-392/22, Staatssecretaris van Justitie en Veiligheid \(Confiance mutuelle en cas de transfert\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Gemeinsame Politik im Bereich Asyl und Einwanderung – Antrag auf internationalen Schutz – Charta der Grundrechte der Europäischen Union – Art 4 – Gefahr einer **unmenschlichen** oder **erniedrigenden Behandlung** – Kriterien und Verfahren zur Bestimmung des Mitgliedstaats, der für die Prüfung des Antrags auf internationalen Schutz zuständig ist – Verordnung (EU) Nr 604/2013 – Art 3 Abs 2 – Umfang der Pflichten des Mitgliedstaats, der den zuständigen Mitgliedstaat um **Wiederaufnahme des Antragstellers** ersucht hat und den Antragsteller in den letztgenannten Mitgliedstaat überstellen möchte – Grundsatz des gegenseitigen Vertrauens – **Beweismittel** und **Beweismaßstab** für die tatsächliche Gefahr einer **unmenschlichen** oder **erniedrigenden Behandlung** infolge systemischer Schwachstellen – Praktiken der pauschalen Zurückschiebung („pushback“) und der Inhaftnahme an Grenzübergangsstellen

[29.02.2024, Rs C-437/22, Eesti Vabariik \(Põllumajanduse Registrate ja Informatsiooni Amet\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Landwirtschaft** – Gemeinsame Agrarpolitik – Förderung der Entwicklung des ländlichen Raums durch den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) – Schutz der finanziellen Interessen der Europäischen Union – Verordnung (EG, Euratom) Nr 2988/95 – Art 7 – **Verwaltungsrechtliche Maßnahmen** und **Sanktionen** – Verordnung Nr 1306/2013 – Art 54 und 56 – Delegierte Verordnung Nr 640/2014 – Art. 35 – Wiedereinziehung zu Unrecht gezahlter Beträge von Personen, die an der Begehung der Unregelmäßigkeit mitgewirkt haben – **Begriff ‚Begünstigter‘**

[29.02.2024, Rs C-466/22, V.B. Trade](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Binnenmarkt – **Elektronische Identifizierung** und **Vertrauensdienste** für elektronische Transaktionen – Verordnung (EU) Nr 910/2014 – Art 25 – Elektronische Signaturen – Rechtswirkung und Beweiskraft im Rahmen eines Gerichtsverfahrens – Ausdruck **‚qualifizierte elektronische Signatur‘**

[29.02.2024, Rs C-549/22, Raad van bestuur van de Sociale verzekeringsbank \(Transfert de prestations de survie\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Assoziationsabkommen EG-Algerien – Soziale Sicherheit der **algerischen Wanderarbeitnehmer** und ihrer **Hinterbliebenen** – Transfer von Leistungen nach Algerien zu den nach den Rechtsvorschriften des Schuldnermitgliedstaats geltenden Sätzen – **Hinterbliebenenleistungen** – Nationale Regelung, die das **Wohnstaatsprinzip** anwendet – **Wohnortklausel**, die die Kürzung der Hinterbliebenenleistungen für die Leistungsempfänger mit Wohnort in Algerien enthält

[29.02.2024, Rs C-676/22, B2 Energy](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Gemeinsames Mehrwertsteuersystem – Richtlinie 2006/112/EG – Art 138 Abs 1 – Steuerbefreiung **innergemeinschaftlicher Lieferungen** von Gegenständen – Versagung der **Steuerbefreiung** – Nachweise – Lieferer der Gegenstände, der die Lieferung der Gegenstände an den in den Steuerunterlagen genannten Empfänger nicht nachweist – Lieferer, der andere Auskünfte erteilt, die nachweisen, dass der **tatsächliche Empfänger** Steuerpflichtiger ist

[29.02.2024, Rs C-724/22, Investcapital](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Missbräuchliche Klauseln in Verbraucherverträgen – Richtlinie 93/13/EWG – **Grundsatz der Effektivität** des Unionsrechts – Vertrag über einen **revolvierenden Kredit** – Mahnverfahren – Im Rahmen dieses Verfahrens von Amts wegen vorgenommene Prüfung der **Missbräuchlichkeit von Vertragsklauseln** – Vollstreckung der verfahrensbeendenden Entscheidung – Präklusion der Möglichkeit, die Missbräuchlichkeit einer Vertragsklausel in dem Stadium der Vollstreckung des Mahnbescheids geltend zu machen – **Prüfungskompetenz** des nationalen Gerichts

[29.02.2024, Rs C-11/23, Eventmedia Soluciones](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Luftverkehr** – Verordnung (EG) Nr 261/2004 – Art 5 Abs 1 und 3 – Art 7 Abs 1 – Ausgleichsleistungen für Fluggäste bei Annullierung von Flügen – Art und Grundlage des Ausgleichsanspruchs – **Abtretung der Forderungen** von Fluggästen gegen das Luftfahrtunternehmen an eine Handelsgesellschaft – Vertragsklausel, die eine solche Abtretung verbietet – Art 15 – **Ausschluss der Rechtsbeschränkung**

B. SCHLUSSANTRÄGE

[29.02.2024, Rs C-548/22, Presidenza del Consiglio dei ministri and Others \(Rétribution des magistrats honoraires\) \(GA Kokott\)](#)

Vorabentscheidungsersuchen – Richtlinie 1999/70/EG – EGB-UNICE-CEEP-Rahmenvereinbarung über befristete Arbeitsverträge – Paragraphen 4 und 5 – Diskriminierung – **Kettenarbeitsverhältnisse** – Ehrenamtliche Richter und Staatsanwälte – Umwandlung in **unbefristete Beschäftigungsverhältnisse** – Verzicht ex lege auf jegliche Ansprüche für den Zeitraum vor der Umwandlung

[29.02.2024, Rs C-623/22, Belgian Association of Tax Lawyers and Others \(GA Emiliou\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Richtlinie 2011/16/EU des Rates – Zusammenarbeit der Verwaltungsbehörden im Bereich der Besteuerung – Richtlinie (EU) 2018/822 des Rates – Potenziell **aggressive grenzüberschreitende Gestaltungen** – Gewinnverkürzung und Gewinnverlagerung – Meldepflicht – Automatischer Informationsaustausch – Art 49 der Charta der Grundrechte – **Grundsatz der Gesetzmäßigkeit** von Strafen – Klarheit und Genauigkeit der Meldepflicht – Art 7 der Charta – Recht auf Achtung des Privatlebens – Vorliegen und Rechtfertigung von **Eingriffen in das Privatleben** – Intermediäre – Gesetzliche Verschwiegenheitspflicht – Anwendungsbereich der Befreiung

[29.02.2024, verb Rs C-758/22 und C-759/22, Bayerische Ärzteversorgung and Others \(GA Sánchez-Bordona\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Wirtschafts- und Währungspolitik** – Verordnung (EU) 2018/231 – Statistische Berichtspflichten gegenüber der Europäischen Zentralbank (EZB) – Berufsständische Versorgungseinrichtungen – Verordnung (EU) Nr 549/2013 – Europäisches System **Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen** auf nationaler und regionaler Ebene in der Europäischen Union (ESVG) – Statistische Berichtspflichten der **Altersvorsorgeeinrichtungen** – Besondere Alterssicherungssysteme für freie Berufe – **Pflichtmitgliedschaft** und **Pflichtbeiträge** – Finanzielle Mitteltätigkeit durch Altersvorsorgeeinrichtungen

[29.02.2024, Rs C-8/23, Conseil national de l'ordre des médecins \(GA Pikamäe\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Freizügigkeit – Niederlassungsfreiheit – Freier Dienstleistungsverkehr – Anerkennung von **Berufsqualifikationen** – Richtlinie 2005/36/EG – Recht auf **Ausübung des Arztberufs** – Regelung der automatischen Anerkennung – Von einem **Drittland verliehenes Diplom** der ärztlichen Grundausbildung – Vom Herkunftsmitgliedstaat anerkanntes Diplom – Erwerb eines Facharztitels im Herkunftsmitgliedstaat – **Nichtanerkennung dieser Qualifikation** durch den Aufnahmemitgliedstaat

C. GERICHT

[28.02.2024, verb Rs T-467/21 und T-99/22, Sber/ EZB](#)

Wirtschafts- und Währungspolitik – Aufsicht über Kreditinstitute – Art 9 Abs 1 Unterabs 2 der Verordnung (EU) Nr 1024/2013 – Erhebung von **Abschöpfungszinsen** durch die **EZB** nach **österreichischem Recht** im Fall eines Verstoßes gegen Art 395 der Verordnung (EU) Nr 575/2013 und nach einem Beschluss, mit dem eine Verwaltungsgeldbuße nach Art 18 der Verordnung Nr. 1024/2013 verhängt wurde – **Verhältnismäßigkeit**

[28.02.2024, Rs T-667/21, BAWAG PSK/ EZB](#)

Wirtschafts- und Währungspolitik – Aufsicht über Kreditinstitute – Art 9 Abs 1 Unterabs 2 der Verordnung (EU) Nr 1024/2013 – Unmittelbare Ausübung der Befugnis einer zuständigen Behörde durch die EZB nach dem einschlägigen Unionsrecht – Auferlegung von **Abschöpfungszinsen** durch **österreichisches Recht** bei einem Verstoß gegen Art 395 der Verordnung (EU) Nr 575/2013 – Zuständigkeit der EZB – Art 65 Abs 1 und Art 70 der Richtlinie 2013/36/EU – **Verhältnismäßigkeit**

[28.02.2024, Rs T-556/22, House Foods Group/ CPVO \(SK20\)](#)

Pflanzenzüchtungen – Gemeinschaftlicher Sortenschutz für Pflanzenzüchtungen der Sorte SK20 – Unzulässigkeit der Beschwerde vor der Beschwerdekammer – **Fehlendes Rechtsschutzinteresse** – Art 81 Abs 1 der Verordnung (EG) Nr 2100/94

[28.02.2024, Rs T-746/22, BIW Invest/ EUIPO - New Yorker Marketing & Media International \(COMPTON\)](#)

Unionsmarke – Nichtigkeitsverfahren – **Wortmarke COMPTON** – Absolute Nichtigkeitsgründe – **Kein beschreibender Charakter** – Art 7 Abs 1 Buchst c der Verordnung (EG) Nr 207/2009 (jetzt Art 7 Abs 1 Buchst c der Verordnung [EU] 2017/1001) – Unterscheidungskraft – Art 7 Abs 1 Buchst b der Verordnung Nr 207/2009 (jetzt Art 7 Abs 1 Buchst b der Verordnung 2017/1001)

[28.02.2024, Rs T-747/22, BIW Invest/ EUIPO - New Yorker Marketing & Media International \(Compton\)](#)

Unionsmarke – Nichtigkeitsverfahren – **Bildmarke Compton** – Absolute Nichtigkeitsgründe – **Kein beschreibender Charakter** – Art 7 Abs 1 Buchst c der Verordnung (EG) Nr 207/2009 (jetzt Art 7 Abs 1 Buchst c der Verordnung [EU] 2017/1001) – Unterscheidungskraft – Art 7 Abs 1 Buchst b der Verordnung Nr 207/2009 (jetzt Art 7 Abs 1 Buchst b der Verordnung 2017/1001)

V. EUROPÄISCHER GERICHTSHOF FÜR MENSCHENRECHTE

22.02.2024, Beschwerde Nr [62444/10](#), *Vlahović/Montenegro*

Verletzung von **Art 6 EMRK** (Recht auf ein faires Verfahren); **Verletzung** von **Art 1 1.ZPEMRK** (Schutz des Eigentums); Ungerechtfertigte Nichtvollstreckung eines rechtskräftigen innerstaatlichen Urteils und zweier Verwaltungsentscheidungen über die Beseitigung **rechtswidriger Bauten** auf den Grundstücken der Bf; neue einseitige Erklärung, die nach der Wiederaufnahme des Antrags in die Liste des Gerichtshofs wegen Nichterfüllung der in der früheren Erklärung eingegangenen Verpflichtung abgegeben wurde, hat keine angemessene Abhilfe geschaffen; Antrag auf Abweisung des Antrags wird abgelehnt

22.02.2024, Beschwerde Nr [16974/14](#), *Kaczmarek/Polen*

Verletzung von **Art 8 EMRK** (Recht auf Achtung des Privat- und Familienlebens); Weitergabe einer **Aufzeichnung** eines **Telefongesprächs** der Bf während einer Pressekonferenz sowie Speicherung und Aufbewahrung von Daten, die bei einer verdeckten Überwachung gewonnen wurden, von der sie nicht betroffen war; Eingriffe, die nicht „im Einklang mit dem Gesetz“ stehen

22.02.2024, Beschwerde Nr [10940/17](#), *M.H. und S.B./Ungarn*

Verletzung von **Art 5 EMRK** (Recht auf Freiheit und Sicherheit); **Inhaftierung** von **Asylbewerbern**, nachdem sie behauptet haben, **minderjährig** zu sein, willkürlich, da nicht in gutem Glauben durchgeführt; nach innerstaatlichem Recht dürfen unbegleitete minderjährige Asylbewerber nicht in Gewahrsam genommen werden; anfängliche Erklärungen der Bf, sie seien volljährig, konnten nicht rechtfertigen, dass ihre Behauptung, sie seien minderjährig, zurückgewiesen wurde, ohne dass geeignete Maßnahmen zur Überprüfung ihres Alters ergriffen wurden; fehlende Erklärung in den einschlägigen Gewahrsamsentscheidungen, warum weniger einschneidende Alternativmaßnahmen nicht angemessen waren; kein Hinweis darauf, dass die Verzögerungen bei der Feststellung des Alters der Bf notwendig waren; Bf wurde die Last auferlegt, die Annahme, sie seien volljährig, zu widerlegen; die innerstaatlichen Behörden haben es versäumt, zügig und unter gebührender Berücksichtigung des Wohls der Kinder zu handeln

[Newsletter ÖER Aktuell kostenlos abonnieren](#)

[Rundbrief Polizeirecht Aktuell kostenlos abonnieren](#)

DISCLAIMER

Bundesgesetzblatt: BGBl I vollständig; im Übrigen erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

Amtsblatt der EU: Aufgenommen werden sämtliche „Gesetzgebungsakte“; bei den „Rechtsakten ohne Gesetzescharakter“ sowie den „Mitteilungen und Bekanntmachungen“ erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

Verfassungsgerichtshof: Erkenntnisse (mit Ausnahme von „Serien“) vollständig, bei den Beschlüssen erfolgt eine Auswahl nach Relevanz.*

Verwaltungsgerichtshof und Verwaltungsgerichte: Auswahl nach Forschungsschwerpunkten der Institute (insb Baurecht, Energierecht, Gewerberecht, Hochschulwesen, Polizeirecht, Raumordnung, Technikrecht, Umweltrecht, Verwaltungsverfahren, Verwaltungsstrafrecht, Verwaltungsgerichtsbarkeit, Entscheidungen mit europarechtlicher Relevanz), Aktualität und Relevanz.

Gerichtshof der EU: Vollständige Auflistung der Urteile und Schlussanträge.*

Gericht der EU: Aufgenommen werden sämtliche Urteile mit Österreich-Bezug sowie Nichtigkeitsklagen gem Art 263 AEUV.*

Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte: Urteile der Großen Kammer vollständig, Urteile und Beschlüsse einer Kammer mit Österreich-Bezug vollständig, sonstige Entscheidungen nach Aktualität und Relevanz.

* Die amtliche Auswertung (Leitsätze) des jeweiligen Gerichts wird wörtlich übernommen.

IMPRESSUM

Herausgeber/Medieninhaber: Institut für Europarecht, Institut für Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre, Johannes Kepler Universität Linz, Altenberger Straße 69, A-4040 Linz.

Redaktion: Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler, Univ.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer, Univ.-Prof. Dr. Markus Vašek (Leitung), Univ.-Ass. Mag. Daniela Emeder, Univ.-Ass. Mag. Theresa Gierlinger, Wiss.-Mit. Anna Kneidinger, Univ.-Ass. Mag. Katharina Marx, Univ.-Ass. Mag. Julia Rauch, Dr. Simon Wischt, Univ.-Ass. Georg Wurmhöringer, LL.M..

Hinweis: Es wird darauf hingewiesen, dass alle Angaben im Newsletter ÖER Aktuell trotz sorgfältiger Bearbeitung ohne Gewähr erfolgen und eine Haftung der Herausgeber, der Redaktion oder sonstiger Personen ausgeschlossen ist.